

**Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im Zweckverband für  
Abwasserentsorgung Weißenfels – BI ZAW e. V.  
Sitz: Weißenfels/OT Borsdorf, Leninstraße 11 , VR 3711  
Heidelinde Penndorf/ Monika Zwirnmann Tel. 0160 480 77 31**

1. Frage an Stadtrat/OBM am 15. 05. 2014 Fragesteller:

i. Auftrag der BI durch Herr / Frau .....

**Sachverhalt:**

Es geht um die Frage der politischen Verantwortung der Parteien, der Fraktionen und der Verwaltung mit OBM an der Spitze für die insgesamt ca. 10 Mill € Abwasserstrafabgaben. Sie alle haben von den völligen Versagen, der Misswirtschaft und des auch leitungsmäßigen Unvermögens der Stadtwerke WSF gewusst. Dass jetzt auf das Betriebspersonal abzuwälzen ist nach BI und Bürger Meinung verwerflich (sollte von AöR noch ausgiebig mit Betroffenen diskutiert werden). Es geht um Leitungsebenen und um politische Verantwortungsträger von Stadtrat, Aufsichtsrat SWW bis Oberbürgermeister, deren Wille es war, die Fleischwerke um jeden Preis zu fördern, auch durch aufs äußerst gesteigerte Fahrweise der Kläranlage und nicht durchgeführte Anschlüsse von Privatpersonen, alles in Verträgen, von Rauner bis Risch, der Fa. Tönnies zugesichert.

**Die Frage vom 10. 4. 2014 lautete:**

Angesichts der bevorstehenden Wahl verzichtet die BI auf einen Antrag nach §6a HS (Aufnahme in TOP des nächste SR). Wir fordern aber die Fraktionen der oben genannten Parteien auf, sich zu ihrer politischen Verantwortung für den Verlust von 10 Mill € zu bekennen und sich dazu im nächste SR zu äußern.

Sie haben 1 Monat Zeit zum Überlegen einer Antwort besser einer Entschuldigung gehabt, die Bürger erwarten heute im Stadtrat von den Fraktionen (BfW ausgenommen, haben schon immer gewarnt) und natürlich vom Oberbürgermeister ihre Stellungnahme. Bitte als Protokoll für Bürger, BI und Presse!

Keine Antwort wäre eine schallende Ohrfeige für jeden Stadtrat von CDU, Linke, SPD und FDP und zugleich ein Schuldeingeständnis.

**Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im Zweckverband für  
Abwasserentsorgung Weißenfels – BI ZAW e. V.  
Sitz: Weißenfels/OT Borsdorf, Leninstraße 11 , VR 3711  
Heidelinde Penndorf/ Monika Zwirnmann Tel. 0160 480 77 31**

2. Frage an Stadtrat/OBM am 15. 05. 2014 Fragesteller:

i. Auftrag der BI durch Herr / Frau .....

**Sachverhalt:**

Verbleib von Antworten auf Anfragen im Stadtrat am 10. 4. und AöR am 30. 4. 2014

Bi hat im letzten Stadtrat ca. Anfragen gestellt und explizit die ausführliche schriftliche Beantwortung gefordert (war ja auch wunschgemäß mühevoll schriftlich formuliert). Wo bleiben die Antworten, trotz Zusicherung. Nach dem Vorfall zur Verwaltungsratssitzung – Hr Dittmann zeigte Antwortbrief an BI vor, der BI nicht erreichte. Es stellte sich nach aufschlussreicher Diskussion mit OBM raus, Herr Dittmann hatte Brief dem Stadtratsbüro/OBM zur Einsichtnahme, besser Kontrolle zugeschickt.

**Frage:**

Hat der OBM jetzt die Zensur in WSF eingeführt, ist selbst ein GF AöR für ihn nicht mehr vertrauenswürdig eigenständigen Briefverkehr zu führen, ist gar selbstständiges Handeln in WSF untersagt

Wie weit soll der Verfall der Demokratie in WSF noch gehen?

Was denkt der Stadtrat dagegen zu unternehmen?

**Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im Zweckverband für  
Abwasserentsorgung Weißenfels – BI ZAW e. V.  
Sitz: Weißenfels/OT Borsdorf, Leninstraße 11 , VR 3711  
Heidelinde Penndorf/ Monika Zwirnmann Tel. 0160 480 77 31**

3. Frage an Stadtrat/OBM am 15. 05. 2014 Fragesteller:

i. Auftrag der BI durch Herr / Frau .....

**Sachverhalt:**

MZ Artikel vom 12. 05. 2014, Bürger zahlt die Zeche, Interview mit Innenstaatssekretär Erben  
Abwasser Rabatte/Nachlässe sind nach Info des MdI, LSA, bisher gesetzwidrig. Rückschluss ist,  
verstoßen Rabatte von ZAW/Aör gegen geltendes Recht. Wenn „ja“, dann wäre dies ein ungeheurer  
Betrug an Bürgern in WSF. Die fehlenden Geldeinnahmen muss dieser ja durch ein höheres  
Gebührenaufkommen ersetzen, dies wäre ein direkter Griff in seine Tasche.

**Frage:**

Ist die Erhebung des Starkverschmutzerzuschlages dann eine Augenwischerei und ein, so von uns  
Bürgern vermutetes Nullsummenspiel.

Wir, Bürger und BI verlangen Aufklärung innerhalb der nächste 14 Tage, danach ist Einschaltung der  
Kommunalaufsichten aller Ebenen geplant.

**Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im Zweckverband für  
Abwasserentsorgung Weißenfels – BI ZAW e. V.  
Sitz: Weißenfels/OT Borsdorf, Leninstraße 11 , VR 3711  
Heidelinde Penndorf/ Monika Zwirnmann Tel. 0160 480 77 31**

4. Frage an Stadtrat/OBM am 15. 05. 2014 Fragesteller:

i. Auftrag der BI durch Herr / Frau .....

**Sachverhalt:**

Strafanzeige gegen Stadtwerke WSF, Frage von Verwaltungsräten zur letzten AöR

In der Verwaltungsratssitzung am 30. 04. 2014 wurde von mehreren Verwaltungsräten gefragt, ist nun endlich Anzeige gegen die Stadtwerke erstattet wurden. Es geht um die nicht durchgeführte Veranlagung von Gebühren, höchstwahrscheinlich um die umstrittenen Gebühren für abflusslose Gruben. Diese waren in den immer noch geltenden Satzungen vorgesehen, wurden aber durch den Betriebsführer Abwasser, den Stadtwerken, nicht eingezogen.

**Frage:**

Wie ist der Stand der Anzeige gegen die SWW, wie hoch ist der finanzielle Schaden für die AöR, wann werden die Bürger über diese Thematik informiert.

Anmerkung: BI ist gegen diese unverhältnismäßige Gebühr, dafür aber für eine gerechte Gebührenbelastung der großen Einleiter

**Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im Zweckverband für  
Abwasserentsorgung Weißenfels – BI ZAW e. V.  
Sitz: Weißenfels/OT Borsdorf, Leninstraße 11 , VR 3711  
Heidelinde Penndorf/ Monika Zwirnmann Tel. 0160 480 77 31**

5. Frage an Stadtrat/OBM am 15. 05. 2014 Fragesteller:

i. Auftrag der BI durch Herr / Frau .....

**Sachverhalt:**

Gleichstromtrasse der Fa. 50 Herz, Bürger erwarten Aussage zum Standpunkt der Stadt und Diskussion. Zunächst gilt unser Dank an Teuchern, an den BM, Hr. Puschendorf. Dieser setzt sich für seine Bürger ein und unterstützt Initiativen gegen diesen Trassenverlauf „Gröbitzer Bogen“. Die Info Veranstaltung in Gröbitz machte eins sehr deutlich, alle betroffenen Kommunen/Verwaltungen wurden von 50Herz rechtzeitig informiert und konnten Stellungnahmen abgeben, letztmalig zur Regionalkonferenz Anfang November 2013. Die bekannte Vorzugstrasse mit Weißenfelser und Gröbitzer Bogen ist nach „Widerstandsanalyse“ durch Fachleute festgelegt. Eine Änderung ist fast unmöglich, es sei denn durch die geballte Macht der Bürger und der Kommunen aller betroffenen Orte.

Fest steht außerdem, WSF ist Nachbarkommunen bis weit ins thüringische hinein in den Rücken gefallen und hat auf fast unvorstellbarer Weise ein schäbiges Verhalten an den Tag gelegt. Die Gesundheit und Wohlergehen von Bürgern spielt da keine Rolle, aber wer unsere Kleinsten einen erhöhten Krebsrisiko aussetzt, da hört jedes Verständnis auf, das ist einfach nur verwerflich. Der OBM hat nach Diskussionen unter den Bürgern einfach nur eine zweifelhafte Rolle als Befehlsempfänger des Burgenlandkreises bis hinein in die Regierungsebene übernommen. Wir Bürger verurteilen dies aufs Schärfste.

**Frage:**

Vom OBM ist nichts zu erwarten, selbst beim Thema Befriedungsgeld eine dicke Lüge, dies steht nachlesbar den Kommunen zu (500-800T€).

Wie positioniert sich der Stadtrat, beschließt er einen Aktionsplan zur gemeinsamen Abwehr des Vorzugskorridors von WSF bis Schkölen.

Fordert er die Alternative, den Verlauf durch das Saale Unstruttal und damit so gut wie keine Annäherung an dicht besiedelte Orte.

Mensch muss im Ernstfall vor Kulturgut gehen!!!

**Bürgerinitiative für sozial gerechte Abwasserabgaben im Zweckverband für  
Abwasserentsorgung Weißenfels – BI ZAW e. V.  
Sitz: Weißenfels/OT Borsdorf, Leninstraße 11 , VR 3711  
Heidelinde Penndorf/ Monika Zwirnmann Tel. 0160 480 77 31**

6. Frage an Stadtrat/OBM am 15. 05. 2014 Fragesteller:

i. Auftrag der BI durch Herr / Frau .....

**Sachverhalt:**

Im Vorraum liegen Flyer aus, die sich mit der drohenden Gefahr der Vergärungsanlage Webau auseinandersetzen. Es sind die bereits bekannten Planungen des Fleischwerks WSF zur Entsorgung ihrer Abfälle zu Lasten der Bürger. Damals wurden die Pläne durch den Bürgerwillen abgewehrt. Die neuen Pläne betreffen in ihren Auswirkungen in genau der gleichen Weise das Stadtgebiet WSF mit Umland, wie damals die Zorbauer Anlage. So hat die Burgwerbener/Reichertswerbener Agrar GmbH Verträge zur Verbringung von Gärresten abgeschlossen (Weindorf Burgwerben?).

Die Gefahren sind dem Flyer zu entnehmen, wobei die Bodenkontamination die größte Bedrohung darstellt.

**Frage:**

Wird die Stadtverwaltung/OBM außerhalb ihrer eingeschränkten rechtlichen Möglichkeiten durch persönliche Gespräche, Protestbriefe usw. mit Stadt Hohenölsen, Tönnies usw. diese drohende Gefahr für WSF abzuwenden versuchen?

**Anmerkung:**

Alle Bürger sind aufgefordert sich mit den Bürgern von Webau und umliegender Orte zu solidarisieren um gemeinsam diese schreckliche Planung zu verhindern